

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł, vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 P. W., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachadressen: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 246.

Bromberg, Mittwoch den 26. Oktober 1932.

56. Jahrg.

## Die Freiheit der grünen Insel.

Von Dr. Karl Rothe.

Unter den vielen Sorgen, die das stolze England seit Kriegsende bedrängen, ist eine der größten und empfindlichsten der Kampf Irlands um die politische Freiheit. Während andere Fragen den Keim zu einer Lösung, die zu einem guten Ende führt, in sich tragen, etwa Ottawa und der Neubau des Empires, die Beseitigung der auch hier wie eine Geißel mütenden Arbeitslosigkeit, ist das irische Problem erneut in ein Stadium gerückt, das für beide Teile eine friedliche und endgültige Vereinigung schier unmöglich macht.

Seitdem das meergewaltige England befürchten mußte, in den irischen Seehäfen eine Konkurrenz erwachen und in einem freien Irland eine militärische Bedrohung seiner Westküste zu sehen, haben die raffigen und religiösen Gegensätze die politische Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern auf die Spitze getrieben. England verjagte das irische Parlament, hob die politischen Freiheiten der Insel auf. Durch Ausweisung und Konfiskation ungezählter Bauerngüter sank die irische Bevölkerungsziffer im vorigen Jahrhundert von 8 $\frac{1}{2}$  auf 4 Mill., eine einzigartige Bewegung im Zeitalter einer sonst allenthalben beispiellosen Bevölkerungsvermehrung. Die kleine Insel stellte neben dem deutschen das größte Einwanderungselement der Vereinigten Staaten; 22 v. H. der amerikanischen Bürger stammen von der Grünen Insel. Um so nachdrücklicher wuchs die nationale Bewegung der Unterdrückten und forderte Home rule, Selbstregierung. Immer wieder hat England einen Ausgleich versucht, und immer vergeblich. Zweimal ist der große Gladstone über eine Home-rule-Vorlage im Unterhause gestürzt, bis man erst dicht vor dem Kriege sich auf eine neue irische Verfassung im Londoner Parlament einigen konnte.

Aber die Iren wollten keinen Dominionstatus, sondern Trennung von England und unabhängige Republik. Selbst der Krieg konnte die Gegensätze nicht schlichten, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erlitt ein völliges Fiasko, eine Verschwörung wurde durch Hinrichtung namhafter irischer Politiker grausam geahndet. Doch alle Gewalt erwies sich als unzulänglich. Von 1919 bis 1921 tobte der Bürgerkrieg in Irland, die radikalsten Nationalisten, die Sinnfeiner, proklamierten die Unabhängigkeit. Ein Verfassungsentwurf, der Home rule versprach, konnte gegen die Ausdehnung der Auffständischen nichts mehr ausrichten, die über ein eigenes Militär verfügten und sich eine unabhängige Gerichtsorganisation aufbauten. In dem Vertrag vom Dezember 1921 erkannte England die Regierung der Auffständischen und den irischen Freistaat innerhalb des Verbandes des britischen Empires an. Einen Monat später verließen die letzten englischen Soldaten den irischen Boden.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz von 1926 über die gleichberechtigte Stellung der Dominions neben dem Mutterland ließen auch dem irischen Freistaat neue Freiheiten und weitere Vorkerkungen von England zufallen. Es handelte sich nur noch der Eid, den der irische Ministerpräsident dem König leistet, und die allen Empirestaaten gemeinsame Flagge, der Union Jack.

Aber auch in dieser neuen, einschließlich der Dominions in übersee überwiegend angelsächsischen Umgebung und Ordnung fühlten sich die Iren nicht wohl, und die letzte Dubliner Parlamentswahl vor einem Jahre mußte mit ihrem überzeugenden Wahlsieg der radikalen die Dinge auf die Spitze treiben. Denn sie brachte den Führer der Sinnfeiner an die Macht, der alle Eigenschaften und Wünsche des irischen Volkes in sich verkörpert.

Die Iren, ein ausgesprochenes Bauernvolk und durch die englischen Unterdrückungsmethoden von der kapitalistischen Industrialisierung noch wenig berührt, sind so ziemlich in allem Gegensätze des englischen Charakters. Ihr Temperament verrät ihre keltische Rasse. In ihrem Denken und Wollen sind sie unbedingt bis zur Fremdeheit vor der Wirklichkeit, gründlich bis zur Kompromißlosigkeit, romantisierend, was ihnen eine nützlichere Behandlung politischer Dinge außerordentlich erschwerer, von einer religiösen Frömmigkeit, die sie, wie sich ein Engländer einmal ausdrückte, mit den Heiligen verfahren läßt, als ob sie um die Ecke wohnen, und in dieser Nachbarschaft von einer Neigung zum Fanatismus, dessen äußerster Kraftaufwand sie in dem zweihundertjährigen Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit vorderhand — nach außen wenigstens — über das gewaltige England obliegen ließ. Und all dies, mit seinen Vorteilen und auch mit seinen ungeheuren Schwächen, repräsentiert der jetzige Premier. Schon in jungen Jahren stürzte sich de Valera in die Sinnfein-Bewegung und trug, wie viele seiner politischen Freunde, mit einer geradezu phantastischen Ausdauer und Unbeirrtheit alle Verfolgungen und Schikanen durch die englischen Machthaber, gehalten von einer unbegrenzten Glaubigkeit an die Freiheit und Unabhängigkeit seines Volkes. Nachdem er an die Macht gekommen, war seine erste Staatshandlung die Weigerung, dem englischen König den Eid zu leisten. Irland soll nicht „Freistaat“ sein, sondern eine unabhängige Republik, und in der Verfassung einer Republik hat der Eid auf einen Monarchen keinen Platz mehr.

Seit Monaten müht sich das englische Kabinett, vor allem Macdonald persönlich, um einen Ausgleich. Vergeb-

lich! Da antwortet, womit die Frische Regierung keineswegs gerechnet hatte, London mit dem Zollerkrieg. Es wandte damit zweifellos die wirksamste Waffe an, um die irischen Rebellen an die harte Wirklichkeit zu erinnern. Denn 96 v. H. der gesamten irischen Ausfuhr fällt auf die großbritannische Insel. Die Folge war eine ungeheure Verminderung des irischen Absatzes und eine schnell wachsende Arbeitslosigkeit, eine regelrechte Agrarkrise, die sich sogar auf das noch unter englischer Verwaltung stehende Nordirland, den protestantischen Teil der Insel, übertrug, in dessen Hauptstadt Belfast sich dann dieser Tage die Not in blutigen Arbeitslosenparaden entlud. Der Winter steht vor der Tür, und es sieht schlimm aus. Aber es scheint nicht so, als ob der Sinnfeiner de Valera nachgeben wollte. Neuerliche Verhandlungen in London haben zu keinem Ergebnis geführt, und England weigert sich nunmehr seinerseits, den Irish Free State Constitution Act zu erfüllen, mit dem es

einen Teil der irischen Staatsschuld übernahm. Im Augenblick scheinen die Dinge völlig festgeschrieben, denn eben hat der irische Premier eine Gegenrechnung der irischen Forderungen an England aufgemacht, die mit einer Ziffer von 400 Millionen Pfund, einschließlich zuviel gezahlter Steuern und Zollbeträge, kaum je eine Verhandlungsgrundlage mit den nüchternen Kaufleuten aus der Downingstreet abgeben kann. Außerdem wurde diese Rechnung mit Ausfällen gegen England präsentiert, wie sie wohl noch niemals zwischen den Mächten des Empires gewechselt worden sind. „England“, sagte de Valera, „gefällt sich uns gegenüber in der Rolle des Schylock, während es Europa gegenüber Frau Güte markiert und bei den Vereinigten Staaten um Schuldennachlaß bettelt.“ Unterhaus und englische Presse schütteln die Köpfe, sie sind solche Explosionen im politischen Verkehr nicht gewohnt, und man kann gespannt sein, wie sich England weiterhin mit den Iren auseinandersetzen wird.

## Englisch-amerikanisch-französische Front

Der amerikanische Abrüstungsdelegierte Norman Davis hat das Wochenende als Gast Macdonalds in Chequers verbracht. Die inoffiziellen Besprechungen bei dieser Gelegenheit dürften in erster Linie der Vorbereitung der Verhandlungen der Abrüstungs- und Flottenfragen gelten, die für diese Woche vorgesehen sind. Während dieser Verhandlungen soll vor allen Dingen ein Versuch gemacht werden, durch eine englisch-amerikanische Einigung in der Flottenfrage die Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen. Es ist kein Geheimnis — so wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus London berichtet —, daß Davis den Gedanken der Vier-Mächte-Konferenz als endgültig tot ansieht. Er soll sich in vertrautem Kreise dahin geäußert haben, wenn schon die Frage der Prozedur fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereite, sei nicht darauf zu hoffen, daß selbst für den unwahrscheinlichen Fall ihres Zusammentritts die Vier-Mächte-Konferenz zu einer Einigung in materieller Hinsicht führen könnte.

Die Verhandlungen zwischen Norman Davis und der Englischen Regierung gewinnen dadurch an Bedeutung, daß Davis in Paris Gelegenheit gehabt hat, sich sowohl über den französischen Standpunkt zu vergewissern, wie auch Herriot über die amerikanische Auffassung eingehend zu unterrichten.

In amerikanischen Kreisen in London betrachtet man es als ein Ergebnis der Unterhaltungen, die Davis mit Herriot hatte, daß die letzten Wochen eine sehr erhebliche Annäherung zwischen Frankreich und Amerika in der Abrüstungsfrage gebracht hätten.

Herriot habe erklärt, daß es für Frankreich gefährlich sein würde, sich durch sein Beharren auf einer glatten Ablehnung jeder französischen Rüstungsverringeringerung zu isolieren, Frankreich werde daher ein „Programm energischer Abrüstung“, verbunden mit der Forderung zusätzlicher Sicherheitsgarantien für sich selber und seine östlichen Alliierten herausbringen. Wenn Deutschland dem nur seine bisher negative Einstellung und kein eigenes konstruktives Programm für eine Lösung der schwebenden Meinungsverschiedenheiten entgegenzusetzen habe, dann sei damit zu rechnen, daß Frankreich sich bestimmt die amerikanische und wahrscheinlich auch die englische Sympathie werde sichern können.

## Bemühungen um die Vier-Mächte-Konferenz

Zu den Besprechungen Norman Davis mit Macdonald und Simon.

London, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Times“ meldet, nahm man am Montag abend in ministerialen Kreisen ziemlich bestimmt an, daß die vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz in Kürze zusammenzutreten würde. Eine amtliche Bestätigung dieser Annahme liegt jedoch nicht vor. Norman Davis, Macdonald und Sir John Simon hätten die Abrüstungsfragen eingehend besprochen. Man habe ernste Anstrengungen gemacht, um festzustellen, wie eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Englischen und Amerikanischen Regierung erreicht werden könne.

Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge standen hauptsächlich folgende Fragen zur Behandlung:

1. Wie läßt sich der Hoover-Abrüstungsplan auf die englische und die amerikanische Flotte anwenden?
2. Wie können Frankreich und Italien veranlaßt werden, dem Londoner Flottenabkommen von 1930 beizutreten?

„News Chronicle“ zufolge hat es sich bei der Besprechung um einen letzten Versuch Amerikas gehandelt, England zur Annahme der Hoover-Vorschläge zu bewegen.

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Pariser Presse verfolgt man die Londoner Besprechungen zwischen Norman Davis und Macdonald mit größter Aufmerksamkeit. Nach Auffassung der Londoner Sonderberichterstatter der Pariser Blätter drehen sich die Besprechungen hauptsächlich um Änderungen des englisch-amerikanischen Flottenabkommens. Man unterstreicht ferner die Erklärung

gen Simons, wonach die Englische Regierung den Gedanken einer Vierer-Konferenz nicht fallen gelassen habe und nach wie vor an der Verwirklichung dieses Planes arbeite.

## Rostings Parole:

**Verständigungspolitik im Sinne der Protokolle vom 13. August.**

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 24. Oktober 1932.

Der Hofe Kommissar, Herr Selmer Rosting, machte am Sonnabend seine offiziellen Besuche beim Präsidenten des Senats, bei dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen und bei dem Präsidenten des Hafenausschusses.

Im Senatssaal begrüßte der Präsident des Senats Dr. Ziehm ihn mit folgenden Worten:

„Sehr verehrter Herr Rosting!

Es ist mir eine Freude und Ehre, Sie hier im Kreise des Senats als Hohen Kommissar des Völkerbundes begrüßen zu können. Sie sind uns kein Fremder; Sie sind durch Ihre bisherige Tätigkeit mit Danzigs Lage gut vertraut. Vielen von uns sind Sie und Ihre ausgezeichneten Eigenschaften auch persönlich gut bekannt. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Sie und Ihre hochverehrte Frau Gemahlin, der unser Willkommengruß in Danzig ebenfalls gilt, sich in der Freien Stadt Danzig wohlfühlen mögen.“

Herr Rosting erwiderte:

„Herr Präsident!

Für Ihre liebenswürdigen Worte spreche ich Ihnen meinen herzlichen Dank aus. Es freut mich ganz besonders, mit Ihnen die Zusammenarbeit, die ich in Genf so hoch geschätzt habe, in Danzig fortzusetzen.

Ich komme nach Danzig noch tief bewegt vom Tode meines Freundes, des Grafen Gravina. Im Monat August habe ich ihn froh und gesund in Danzig verlassen und jetzt ruht er unter der großen Eiche in Rocca die Lanciano. Niemand weiß mehr als ich, wie sehr er sein Herz in der Ausführung seiner schwierigen Amtspflicht gegeben hat.

Ich komme hierher nur für kurze Zeit, aber viel Zeit brauche ich wahrscheinlich auch nicht für das Vorbereiten der Arbeiten, um Danzig und die Danziger Fragen kennen zu lernen. Ich bin ja, wie der Herr Präsident richtig hervorgehoben hat, kein Fremder hier. Seit vielen Jahren bin ich regelmäßig nach Danzig gekommen und die Danziger Fragen kenne ich schon von meiner Amtstätigkeit in Genf. Ich kann sofort in medias res — direkt an die Arbeit gehen. Ich gehe an die Arbeit mit einem aufrichtigen guten Willen, um mein Bestes zu tun, dazu beizutragen, die heutigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Ich bin überzeugt, von Danziger und polnischer Seite denselben guten Willen zu einer engen Zusammenarbeit für eine Verständigungspolitik im Geiste des Protokolls vom 13. August zu finden. So spreche ich die Hoffnung aus, daß am 1. Dezember, wenn meine Amtszeit zu Ende kommt, wir sagen können: es war kurz und gut.

Der Präsident des Senats erwiderte kurz darauf den Besuch im Hause des Hohen Kommissars.

## Wieder ein Danziger wegen Spionage verurteilt.

Der Danziger Staatsangehörige, Kapellmeister Alexander Teplicki, der seinerzeit auf einer Fahrt von Danzig nach Warschau spurlos verschwunden war, stand, wie die politische Presse meldet, am Sonnabend vor dem Bezirksgericht in Warschau unter der Anklage der Spionage zugunsten eines benachbarten Staates. Die Verhandlung, die hinter verschlossenen Türen stattfand, endete mit einer Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis. Teplicki war zuletzt

in Danzig als Musiker tätig; seine Frau hat auch jetzt noch ihren Wohnsitz in Danzig.  
Wie die „Danziger Allgemeine Zeitung“ meldet, wird der Senat der Freien Stadt in dieser Angelegenheit bei der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig vorstellig werden.

### Minister Zaleski über aktuelle politische Probleme

Warschau, 24. Oktober.  
Der polnische Außenminister August Zaleski, der in diesen Tagen nach Warschau zurückgekehrt ist, hat dem politischen Berichterstatler des „Kurjer Codzienny“ auf seiner Rückreise im Zuge auf der Linie Posen-Warschau eine Unterredung gewährt, in der er sich mit aktuellen politischen Problemen beschäftigte. Zunächst ging der Minister auf das Gespräch ein, das er mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot hatte. Er sagte unter anderem:

Über meine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herriot bin ich durchaus befriedigt. Wir hatten noch einmal Gelegenheit, die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen über die laufenden Fragen festzustellen, und bekanntlich ist die allgemeine Lage ziemlich kompliziert. Ich bin kein Pessimist und bin der Meinung, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der internationalen Lage zu überwinden sein werden. Und so hat die Einmütigkeit der Ansichten zwischen Frankreich und Polen in einem solchen Augenblick eine spezielle Bedeutung. Die komplizierte internationale Lage, die Konflikte im Fernen Osten, der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz, die allgemeine Wirtschaftskrisis, — rufen in vielen Kreisen die Überzeugung hervor, daß das nachkriegszeitliche System der internationalen Beziehungen, das auf der kollegialen Lösung von Fragen in den Genfer Instanzen beruht, eine sehr ernste Krisis durchmacht. Doch was würde geschehen, wenn die Pessimisten Recht hätten?

Die Erschütterung des Genfer Systems müßte die Rückkehr zu der Politik eines bewaffneten europäischen Gleichgewichts zur Folge haben. Die Feststellung also, daß sich Frankreich und Polen dem widersetzen und den unerwünschten Willen haben, mit allen Mitteln den bestehenden Sachzustand zu erhalten, ist eine Tatsache von großer Bedeutung. Wie die Dinge augenblicklich liegen, scheint es mir,

daß die beabsichtigte Vier-Mächte-Konferenz in der nächsten Zeit nicht zustande kommen wird. Tritt sie aber zusammen, so kann ich feststellen, daß Polen seinerseits nur die Beischlüsse solcher Konferenzen anerkennt, an denen es selbst teilnimmt.

Wir sind Unterzeichner des Versailler Traktats und ohne uns können keine Änderungen in diesem Traktat beschließen werden. Die Diplomatie der ganzen Welt gibt sich die möglichste Mühe, Grundlagen zur allgemeinen Abrüstung zu finden. In einem solchen Augenblick kann von irgend welchen Aufrüstungen nicht die Rede sein.

Die französische Regierung bereitet gegenwärtig neue Vorschläge vor, durch welche die Frage der Abrüstung mit der Sicherheitsfrage in einen engen Zusammenhang gebracht werden soll. Lediglich auf diesem Wege können wir eine Lösung der gegenwärtigen Situation suchen. Wir haben die Absicht, wie bisher, so auch weiterhin, auf diesem Gebiet eng mit Frankreich zusammenzuarbeiten.

Zum Schluß sprach Herr Zaleski über seine Genfer Gespräche mit dem Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig. Er meinte, das gemeinsame Communiqué vom August lasse hoffen, daß die zwischen Polen und Danzig schwebenden strittigen Fragen auf gütlichem Wege erledigt werden würden. Die polnische Regierung werde an diese Verhandlungen mit dem besten Willen herantreten, und falls dieser auch auf Danziger Seite vorhanden sei, unterliege es keinem Zweifel, daß diese Fragen in günstigster Sinne erledigt werden.

### Das polnische Gymnasium in Beuthen.

Am vergangenen Montag ist die bauliche Abnahme des für Unterrichtszwecke umgebauten Verlagsgebäudes der eingegangenen polnischen Tageszeitung „Katholik“ in Beuthen erfolgt, nachdem polnischerseits der entsprechende Antrag am 12. d. M. eingegangen war. Es erfolgten nur geringe Beanstandungen seitens der Abnahmekommission.

Inzwischen sind von polnischer Seite am 17. und 19. Oktober neuerdings Abänderungsanträge sachlicher Art gestellt worden, über die nun ebenfalls erst von deutscher Seite Beschluß gefaßt werden muß. Nachdem polnischerseits auf die Erteilung des Öffentlichkeitsrechts, wonach den Abiturienten der polnischen Anstalt die gleichen Berechtigungen wie den Abiturienten der deutschen Gymnasien zukämen, verzichtet worden war und nur eine höhere Knabenschule mit den Lehrplänen eines Gymnasiums gefordert wurde, wird nunmehr in den jüngsten polnischen Anträgen wieder um die Genehmigung zur Führung des Wortes „Gymnasium“ gebeten.

Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß diese wiederholten Abänderungsanträge in Verbindung mit der zeitlich zu späten Einreichung nicht dazu beitragen, die schnelle Erledigung der Angelegenheit zu fördern, daß jedoch selbstverständlich alle polnischen Wünsche streng im Geiste des Genfer Vertrages geprüft würden.

### Der Reichskanzler vor dem Handwerk.

Reichskanzler von Papen sprach am gestrigen Montagmorgen auf der Obermeisterstagung des Berliner und märkischen Handwerks.

Er besprach in der Hauptsache die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die sich nach seiner Ansicht bisher als richtig erweisen hätten. Unmittelbar darauf wandte sich der Reichskanzler gegen „das Geschrei von der bevorstehenden Restauration der Monarchie“. Der Kanzler stellte hierzu fest: „Wir haben eine solche Fülle von Problemen zu lösen, daß wir froh sind, uns nicht auch noch um Fragen der Staatsform sorgen zu müssen. Diese Frage steht nicht zur Debatte.“

### Gaull über die Verfassungsreform.

Reichsinnenminister Freiherr von Gaull spricht am Freitag vor dem „Verein Berliner Presse“. Wie die „Vollst.“ hört, will er dabei die Fragen der Verwaltungsreform,

Verfassungsreform und des Finanzausgleichs eingehend behandeln. Man nimmt an, daß in dieser Rede Mitteilungen über die von der Reichsregierung geplanten Verfassungs-„Reformen“ gemacht werden, die über das bisher Bekannte wesentlich hinausgehen.

### Der Redner-Aufmarsch der Parteien.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Im Rahmen des Wahlkampfes sprach am Montag Adolf Hitler in Köslin und Stettin, wobei er sich gegen den Klassenhaß aussprach und die Überwindung der deutschen Zwietracht als erste Notwendigkeit bezeichnete. Im Berliner Sportpalast sprach Dr. Goebbels über das Thema: „Für oder wider Papen“? Der frühere Reichspräsident Doede hielt in Stuttgart eine Wahlversammlung ab, in der er sich mit der Außen- und Wirtschaftspolitik der Regierung Papen auseinandersetzte. In Darmstadt behandelte der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dingeldey Fragen der Politik und der Taktik der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf.

### Was wird nach dem 6. November?

Die „Tägliche Rundschau“, der enge Beziehungen zum Reichswehrministerium nachgelagert werden, wogegen sich aber das letztere energisch wehrt, hat wiederholt die Frage aufgeworfen, wie sich die Regierungsverhältnisse nach der Reichstagswahl vom 6. November gestalten dürften.

Das Blatt gibt dem Reichskanzler von Papen nur noch eine beschränkte politische Lebensdauer. Es rechnet damit, daß sich nach den Wahlen, die wiederum eine erdrückende Mehrheit gegen das Reichskabinett ergeben würden, die Notwendigkeit einer Änderung der Regierungsverhältnisse herausstellen werde, wobei der Reichskanzler persönlich durch einen anderen Politiker ersetzt werden müsse. Die „Tägliche Rundschau“ führt eine Anzahl von Änderungen verschiedener Politiker an, die in der letzten Zeit sich gegen den Reichskanzler und seine Politik ausgesprochen haben. Darunter sind die Reden von Vertretern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erwähnt. Auch ein Aufsatz, den der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr vor kurzem im Volksischen Beobachter veröffentlicht hat, wird von dem Blatt zur Beweisführung herangezogen. Dort hat Stöhr die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, eine Arbeitnehmerfront zur Übernahme der Macht herzustellen, deren Grundlage die bekannten gewerkschaftlichen Querverbindungen durch die Parteien hindurch abzugeben hätten. Den gleichen Gedanken hat bereits der frühere Reichspräsident Löbe im „Vorwärts“ ausgesprochen, als er die Rede veröffentlichte, an deren Vortrag im Reichstag er durch die Auflösung verhindert worden war.

Im Zusammenhang mit den Betrachtungen der „Tägl. Rundschau“ tauchen jetzt, wie die „Köln. Zeitg.“ schreibt, in politischen Kreisen wieder die alten Gerüchte auf, die von einer Verbindung zwischen dem Reichswehrminister und dem früheren Reichskanzler Dr. Brüning zu berichten wissen. Wie weit diese Gerüchte auf Tatsachen beruhen, mag dahingestellt bleiben; eine Bestätigung haben sie bisher jedenfalls noch nicht erhalten. Im übrigen will die „Tägliche Rundschau“ bereits in der Lage sein, eine Liste der Persönlichkeiten zu veröffentlichen, die nach ihrer Ansicht für eine Nachfolge für den Reichskanzler von Papen in Frage kommen. Es sind dies Gregor Straßer, Schacht, Gereke, Radolny und Freiherr von Lüninck. Straßers Name wurde in diesem Zusammenhang schon in den Tagen um den 13. August herum genannt. Der Reichspräsident war seinerzeit nicht abgeneigt, Gregor Straßer mit dem Amt des Vizekanzlers zu betrauen. Diese Lösung scheiterte jedoch, wie erinnerlich, an der Forderung Hitlers, selbst das Kanzleramt und damit die volle Macht zu übernehmen.

Alles in allem darf nicht verkant werden, daß die jetzt von der „Täglichen Rundschau“ aufgenommenen Gerüchte und ihre daran geknüpften Betrachtungen solange gegenstandslos bleiben werden, als nicht die Reichstagswahlen ein klares Bild von der wirklichen Stimmung des Volkes ergeben haben. Erst dann wird man ein sicheres Urteil über die heute auftretenden Gerüchte und ihre Zuverlässigkeit sich bilden können.

### Streit zwischen Politikern und Generalen

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Studienauschuß des Obersten Landesverteidigungsrates ist am Montagabend erneut zusammengesetreten, um die am Vormittag begonnene Prüfung des Sicherheits- und Abrüstungsplanes fortzusetzen. Die Beratungen dauerten bis gegen 1 Uhr nach Mitternacht und sollen angeblich zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Mitgliedern des großen Generalstabes geführt haben. Über den Verlauf der Sitzung wurde eine Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß der Plan am Freitag dem Obersten Landesverteidigungsrat und dem Ministerrat unterbreitet werde. Er werde dann den an der Genfer Konferenz beteiligten Mächten vorgelegt werden. Der genaue Zeitpunkt der Vorlegung in Genf ist in der Verlautbarung noch nicht angegeben und, man macht in politischen Kreisen die nachdrücklichsten Vorbehalte über die Einhaltung der angegebenen Richtlinien.

Der „Populaire“ hält inzwischen seine am Montag gegebenen Informationen aufrecht, daß der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, General Weygand, mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls die von Paul-Boncour vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen besonders der Landstreitkräfte aufrecht erhalten werden. Das „Deuvre“ will wissen, daß der Ministerrat, der heute unter Vorsitz des Staatspräsidenten im „Elysée“ tagt, sich eingehend mit der Haltung des Generals Weygand im Untersuchungsausschuß befassen wird.

Wie weiter verlautet, sollen sich die Vorbehalte der Mitglieder des Großen Generalstabes gegen gewisse Vorschläge gewandt haben, deren Durchführung die Verteidigung der Überseegebiete in Frage gestellt hätte. Es soll in diesem Zusammenhang zwischen General Weygand und dem Kolonialminister zu einem ziemlich starken Wortwechsel gekommen sein, der erst in den Abendstunden eine Klärung erfahren hat.

### Walypetr bildet das Kabinett.

Prag, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Präsident Masaryk hat nunmehr den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Malypetr, offiziell mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

### In Belgien neues Kabinett Broqueville.

Nach langwierigen Verhandlungen konnte das Kabinett de Broqueville nunmehr als katholisch-liberale Koalition gebildet werden. Sämtliche neuen Minister haben bereits früheren Kabinetten angehört, darunter vier als Präsident. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Graf de Broqueville (Katholik), Außenminister: Hymans (Liberal), Inneres: Pouillet (Christl. Demokrat), Industrie und Arbeit: Heyman (Christl. Demokrat), Justiz: Janzon (Liberal), Finanzen: Kaspar (Katholik), Landesverteidigung: Feunis (Katholik), Kultus: Rippens (Liberal), Verkehr: Fortomme (Liberal), Post, Telefon und Telegraph: Boveffe (Liberal), Kolonien: Thoffen (Christl. Demokrat), öffentliche Arbeiten: Cap (Katholik).

Die flämischen Katholiken und Christlichen Demokraten haben als Bedingung für ihren Beitritt die Forderung gestellt, daß keine Änderung im Kurs der belgischen Politik eintreten solle. Der erste Ministerrat wird die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen auf den 20. November beschließen.

### Drummond in Berlin.

Der Generalsekretär beim Völkerbund, Sir Eric Drummond, ist in Berlin eingetroffen. Seine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt über die Neubestellung des deutschen Untergeneralsekretariats beim Völkerbund — und eventuell auch über die Bestellung eines ständigen deutschen Vertreters beim Völkerbund — dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen.

### Das Gesetz über Ottawa eingebracht.

London, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schatzkanzler Chamberlain brachte am Dienstag morgen 2.15 Uhr im englischen Unterhause das „Gesetz über die Ottawaer Abmachungen“ ein. Die Einbringung des Gesetzes wurde von der Ministerbank und den Regierungsparteien mit großem Beifall begrüßt. Nach der ersten Lesung vertagte sich das Haus.

### Drohende Arbeitslosen-Unruhen in London

London, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge des Aufmarsches der Arbeitslosen in London wird eine Wiederholung der großen Unruhen der verfloffenen Woche befürchtet, weshalb das Londoner Rathaus in einen polizeilichen Belagerungszustand versetzt wurde.

### Herriot vor deutschen Gräbern.

Herriot wohnte am Sonntag der Einweihung des Hospitals in Lens bei. Seine Festrede mündete in einem Friedensappell, wobei er auch der deutschen Kriegsopfer gedachte.

„75 000 Deutsche ruhen hier“, sagte er, „sie waren Menschen, die auch nichts wollten als in Ruhe leben. Ich erlaube mir, ihnen hier vor den schlichten deutschen Gräbern meine und der Versammlung aufrichtige Hochachtung zu zollen. Ja, die Völker müssen sich versöhnen.“

### Kleine Rundschau.

#### Blutige Hochzeitsfeier.

\* Bielitz (Bielitz), 24. Oktober. (PAZ) Einen blutigen Überfall führten etwa 30 Personen auf einen Saal aus, in dem eine Hochzeitsfeier stattfand. Die Eindringlinge waren mit Steinen und Schusswaffen bewaffnet; sie fielen über die Hochzeitsgäste her und demolierten die Einrichtungsgesgegenstände. Auch auf den einschreitenden Schutzmännern schlugen die Täter ein, so daß dieser sich gezwungen sah, von seiner Schusswaffe Gebrauch zu machen. Durch einen von dem Polizeibeamten abgegebenen Schuß wurde einer der Täter getötet, während ein zweiter verletzt wurde. Auch der Beamte selbst hat Verletzungen erlitten und mußte in das Krankenhaus geschafft werden.

#### Flammentod einer Greisin.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag gegen 3 Uhr morgens kam bei einem Wohnungsbrande in Wilmersdorf die 74jährige Wohnungsinhaberin in den Flammen um. Bei den Vörsarbeiten wurde ein Wehrmann schwer verletzt. Die alte Dame, die die Wohnung allein bewohnte, hatte seit längerer Zeit zu Bett gelegen und sollte im Laufe des Dienstag in ein Krankenhaus gebracht werden.

#### 14 Tote bei einer Hochzeitsfeier.

Kairo, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Während einer Hochzeitsfeier in Ober-Ägypten brach der Boden eines Seitenstockwerkes ein, wobei 14 Personen, darunter die Braut, ums Leben kamen.

#### Hauptmann Karpinski zurückgekehrt.

Warschau, 24. Oktober. (PAZ) Heute um 13.45 Uhr kehrte Hauptmann Karpinski von seinem Afrikanischen Afrika-Fluge zurück, in dessen Verlauf er in 108 Stunden und 30 Minuten 14 390 Kilometer zurückgelegt hat. Der Flieger wurde von einer zahlreichen Menschenmenge jubelnd empfangen.

#### Arbeitsgemeinschaft für Erdstrahlenforschung.

In Stuttgart ist eine „Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Erdstrahlenforschung“ gegründet worden mit dem Ziel, die bisherigen Ergebnisse auf dem Gebiet der Erdstrahlenforschung zu verwerten und weiterzuführen. Von Interesse ist, daß man in der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim den Einfluß der Erdstrahlen auf Obstbäume und auf Gemüse untersuchen will.

### Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. Oktober 1932.  
Krautau — 2,81, Zawichost + 0,98, Warschau + 1,14, Ploc + 0,96, Thorn + 0,86, Fordon + 0,78, Czum + 0,57, Graudenz + 0,74, Zyrard + 0,92, Bielitz + 0,15, Dirschau + 0,08, Einlage + 2,60, Schiewenhorst + 2,80.











